

Nachtrag 2007 – Stellungnahme der SPD-Fraktion

Ein Nachtragshaushalt wird notwendig, weil sich wesentliche Änderungen im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt ergeben haben und eine Korrektur des ursprünglichen Zahlenwerkes von Nöten ist. Das betrifft zum einen die Ausgaben-, zum anderen auch die Einnahmenseite.

Auf der Aufgabenseite sind das zum Teil Leistungen, die im Laufe des Jahres trotz der angespannten finanziellen Lage der Stadt aufgrund ihrer Notwendigkeit - meistens sogar einstimmig - zusätzlich beschlossen wurden (angefangen von Kosten für einen *Energieberater* über die Einrichtung eines *Familienservicebüros* bis hin zur Maßnahme *Horte an Dinklager Schulen*). Aus Sicht der SPD gehört dazu auch die Bewilligung des Antrages auf Erhöhung des Zuschusses für Seniorenfahrten von 800 € auf 1000 €. Der Antrag der CDU und des Bürgerforums eine Entscheidung über 200 €, die im Fachausschuss einstimmig beschlossen wurde, in die Haushaltsberatungen zu verweisen, ist für die SPD-Fraktion nicht nachvollziehbar. Da fehlt die Verhältnismäßigkeit.

Die Einnahmenseite zeichnet sich durch ein deutliches Plus bei der Gewerbesteuer aus (jetzt 4,4 Mill. €). Insgesamt verbleibt nach Abzug der regulären Tilgungsleistungen von 253.000 € bleibt eine freie Finanzspitze von 548.000 €. Bei weniger Punkten an Kreisumlage wäre diese noch größer.

Während andere Kommunen die Kreditaufnahme herunterfahren oder sogar Schulden tilgen, führt die Stadt Dinklage das Geld der BGE zu, u.a. durch den Ankauf von Flächen und auch für die Abwertung vom Grundstücken und Flächen. Aufgrund der Notwendigkeit, auch hinsichtlich einer evt. bevorstehenden Abwicklung in naher Zukunft, findet dieses auch die Unterstützung der SPD-Fraktion.

Das Auslaufen sämtlicher Bürgschaften zum 30. Juni 2008 weit vor der Vermarktung eines Großteils der Grundstücke kostet der Stadt wegen des Abschlusses neuer Kredite mit höheren Zinssätzen viel Geld (80.000 bis zu 100.000 € jährlich). Mit der Änderung der EU-Richtlinien bzgl. der Gewährung von Bürgschaften entstehen bei Übertragung der BGE auf die Stadt noch weitere Nebenkosten. Dieses haben die Protagonisten, die eine möglichst schnelle Auflösung der BGE als ihr politisches Ziel herausgegeben haben, häufig nicht bedacht. Hier wäre langfristiges Denken in Zusammenarbeit mit der Kommunalaufsicht in Form angemessener Laufzeiten der Bürgschaften sowie der Kredite in Abhängigkeit der Vermarktungsmöglichkeiten angebracht und vernünftig gewesen.

Für falsch erachtet es die SPD-Fraktion, dass im Gewerbegebiet *An den Fischteichen II* noch nicht mit der Erschließung begonnen und der Haushaltsansatz im Nachtrag gestrichen und durch eine Verpflichtungsermächtigung ersetzt wurde. Diese Maßnahme hätte unbedingt erfolgen müssen, um marktgerecht Investoren werben zu können. Freie Landschaftsflächen den Investoren zu zeigen, ist wenig professionell.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Nachtragshaushalt 2007 aus o.g. Gründen zu, die Bedenken unsererseits am Haushalt an sich bleiben aber bestehen. Beispielhaft seien folgende Punkte genannt: - ständig weitere Neuverschuldung, - Zuschusspraxis und Begünstigung nach Nasenfaktor, - Erhöhung der Aufwandsentschädigungen bis zum Höchstsatz für BGM und 1. Stadtrat.